



Bibliothek
für
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

2. Ex

„Internationale Kontaktbüros Forschungs-kooperation“ — Wichtige Impulsgeber für kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland	137
Unbefristete Vollzeitbeschäftigung nach wie vor dominierende Erwerbsform in Europa	145

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 9/2001

Berlin

1. März 2001

68. Jahrgang

„Internationale Kontaktbüros Forschungs-kooperation“ – Wichtige Impulsgeber für kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland

Die internationale Kooperation bei Forschung und Entwicklung (FuE) sowie beim Technologietransfer spielt eine zunehmende Rolle für die technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands.¹ Auch kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) nutzen bereits die Vorteile der internationalen FuE-Kooperation, doch haben viele KMU Schwierigkeiten bei der Anbahnung und Durchführung einer solchen Kooperation. Zur Förderung eines verstärkten internationalen Engagements deutscher KMU in der FuE wurde 1995 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) die Initiative „Internationale Kontaktbüros Forschungs-kooperation“ gestartet, die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) fortgeführt worden ist. Seit 1995 wurden zusammen mit drei Projektträgern² 19 Kontaktbüros im Ausland etabliert. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und die SÖSTRA Forschungs-GmbH wurden vom BMWi beauftragt, die Arbeit dieser Einrichtungen zu analysieren und zu bewerten.³

Zunehmende Bedeutung der Forschungs-kooperation im internationalen Wettbewerb auch für KMU

Die FuE-Kooperation ist für Unternehmen generell ein Weg, ihre Wissensbasis zu vergrößern und die Effizienz der eigenen FuE-Kapazitäten zu erhöhen.⁴ Im Zuge der Globalisierung müssen auch KMU ihre FuE-Aktivitäten den sich verändernden Marktbedingungen anpassen. Kooperationen mit FuE-Einrichtungen und mit Experten im Ausland sowie die internationale Arbeitsteilung auf dem Gebiet der FuE gewinnen an Bedeutung. Internationale FuE-Aktivitäten sind häufig die Voraussetzung für die spätere Markterschließung und für entsprechende Kooperationen in Produktion und Absatz. In vielen Branchen müssen KMU schon deshalb den Weg der Internationalisierung gehen, weil Großunternehmen erwarten, dass die Zulieferer ihnen auf neue Märkte folgen.

Die häufig mit dem Einstieg in die internationale FuE-Kooperation verbundenen Anfangsprobleme, die sich in

¹ Vgl.: PROGROS, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), SÖSTRA Forschungs-GmbH (1998): Wirkungsanalyse des Programms „Förderung der Forschungs-kooperation in der mittelständischen Wirtschaft“, Berlin und Basel.

² Bei den Trägern handelt es sich um die Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen „Otto von Guericke“ (AiF), um den Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) bzw. seine Kammerorganisation sowie um die Fraunhofer-Gesellschaft (FhG).

³ Vgl.: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), SÖSTRA Forschungs-GmbH (2000): Projektbegleitende Evaluierung der Internationalen Kontaktbüros Forschungs-kooperation. Gutachten für das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin.

⁴ Dies belegt eine Reihe von Untersuchungen. Vgl. u. a. Becher, G. et al. (1994): FuE-Kooperation von kleinen und mittleren Unternehmen, Physica-Verlag, Heidelberg, sowie Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), PROGROS, SÖSTRA Forschungs-GmbH (1998): Wirkungsanalyse der Fördermaßnahme des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie „Forschungs-kooperation in der mittelständischen Wirtschaft“, Basel und Berlin, und Hornschild, Kurt (1998): Forschungs-kooperation — ein Instrument für kleine und mittlere Unternehmen zur Erhöhung des Innovationspotentials — Ergebnisse einer Unternehmensbefragung. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 44/98, Berlin, S. 797 ff.

hohen Transaktionskosten ausdrücken, halten bisher noch viele KMU davon ab, Schritte zu solchen Engagements zu unternehmen. Mangelnde Erfahrung bei der Erschließung des international verfügbaren Know-how und bei der Anbahnung von Kooperationen im FuE-Bereich sind oft ein zentrales Hemmnis. Die Unsicherheit hinsichtlich der zu erzielenden Erträge und die zu bewältigenden Probleme sind bei KMU vergleichsweise groß. Der Staat kann über entsprechende Fördermaßnahmen die Risikoschwelle senken. Führende Industrieländer haben erkannt, dass hier ein Betätigungsfeld staatlicher Politik zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Volkswirtschaft vorliegt, und entsprechende Fördermaßnahmen aufgelegt.⁵

In Deutschland wurden und werden transnationale FuE-Kooperationen von KMU im Rahmen des Förderprogramms „Innovationskompetenz mittelständischer Unternehmen“ (ProInno) bzw. seines Vorgängerprogramms „Förderung der Forschungsk Kooperation in der mittelständischen Wirtschaft“ (FoKo) unterstützt. Über die Arbeit der „Internationalen Kontaktbüros Forschungsk Kooperation“ — eines Instruments dieser Förderung — wird im Folgenden berichtet.

Zur Konzeption der Kontaktbüros

Mit dem Ziel, deutsche KMU bei der Anbahnung von transnationalen Forschungsk Kooperationen direkt zu unterstützen, wurden in mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) sowie Asien und Südamerika von den drei Projektträgern 19 Kontaktbüros aufgebaut, die im „Netzwerk Technologiekooperation“ zusammengeschlossen sind.⁶ Das erste Büro nahm im Dezember 1995 in Moskau seine Tätigkeit auf, das letzte im September 1999 in Malaysia. Im Einzelnen werden die Kontaktbüros von folgenden Projektträgern geführt, und zwar:

- als „Kontaktbüros Forschungsk Kooperation“ von der AiF in Russland (zwei Büros), Tschechien, Ungarn, Polen, der Ukraine, Weißrussland, der Slowakei, Usbekistan und Georgien,
- als „Technology Area Manager (TAM)“ vom DIHT in China, Korea, Indien, Argentinien und Mexiko sowie
- als „Fraunhofer Liaison Office (FLO)“ von der FhG in Indonesien, Singapur, China und Malaysia.⁷

Der Gründung der Büros lagen folgende Überlegungen zugrunde: *Vorhandenes Know-how und neu entstehende Märkte in den ehemaligen sozialistischen Staaten:* Einerseits wird angenommen, dass in den MOEL und der GUS nach dem Zusammenbruch der zentralen Planwirtschaften in großem Umfang Wissen brachliegt, das auch von deutschen KMU genutzt werden könnte, um die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Andererseits stellen diese Länder nach der Öffnung ihrer Volkswirtschaften häufig interessante neue Märkte für deutsche

KMU dar. Infolge der geplanten EU-Osterweiterung erhält die Kooperation deutscher KMU mit Unternehmen und FuE-Einrichtungen in den MOEL eine zusätzliche Bedeutung.

Wachstumsregionen Asiens und Lateinamerikas: Im asiatischen und lateinamerikanischen Raum gibt es eine Reihe von Ländern, deren Volkswirtschaften als stark wachsend eingeschätzt und für deutsche KMU als interessant angesehen werden und die im Zuge zunehmender internationaler Wirtschaftsbeziehungen für KMU prinzipiell auch erreichbar werden.⁸

Gegenwärtig spielen die meisten Länder, in denen Kontaktbüros für die FuE-Kooperation eingerichtet wurden, bei den deutschen Außenwirtschaftsaktivitäten noch nicht die Rolle, die ihnen perspektivisch zukommt. Ein Indiz dafür sind die in den letzten sechs Jahren realisierten durchschnittlichen Anteile am deutschen Außenhandel (Tabelle).

Drei Projektträger mit spezifischen Kompetenzen: Die Projektträger AiF, DIHT und FhG bringen besondere Erfahrungen für die Arbeit der Kontaktbüros mit. Die AiF ist traditioneller Partner deutscher KMU im FuE- bzw. Technologiebereich und verfügt über Erfahrungen in den ehemaligen sozialistischen Ländern. Der DIHT, der über seine Vertretungen im Ausland seit Jahrzehnten international für die deutsche Wirtschaft aktiv ist, verfügt nicht zuletzt wegen der Tätigkeit der Umwelt-Area-Manager über die projektrelevanten Kompetenzen. Auch die FhG hat gute Kontakte zur internationalen FuE-Szene und zu deutschen innovativen KMU als Zielgruppe des Förderinstruments. Mit der Gründung des „Netzwerkes Technologiekooperation“ im Jahre 1999 haben die Projektträger die Vernetzung ihrer Aktivitäten institutionalisiert.

⁵ Internationale FuE-Kooperation ist in allen Industriestaaten grundlegender Bestandteil moderner Forschungs- und Technologiepolitik. Vgl. dazu u. a.: Amin, R., Wooders, J. (1997): R&D Rivalry and Cooperation under One-Way Spillovers, WZB Discussion Paper FS IV 97-1, Berlin; Klodt, Henning (1995): Grundlagen der Forschungs- und Technologiepolitik. Verlag Franz Vahlen, München; König, H., Licht, G. (1994): FuE-Kooperationen und Innovationsaktivitäten. In: Gahlen, B., Ramser, H.-J.: Europäische Integrationsprobleme aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht. Tübingen, S. 219–242; Rosenkranz, S. (1993): Innovation und Kooperation bei vertikaler Produktdifferenzierung. WZB Discussion Paper FFS IV 93-4.

⁶ Ansprechpartner der Projektträger: AiF-Geschäftsstelle Berlin, Dr. J. Kühnlenz, Tschaikowski-Str. 49, D–13156 Berlin, Tel.: 030-48 163-469, Fax: -403; DIHT-Büro Bonn, R. Rindermann, Adenauerallee 148, D–53113 Bonn, Tel.: 0228-104-2216, Fax: -2222; FhG International Business Development, Dr. D. Fuchs, Leonrodstr. 54, D–80636 München, Tel.: 089-1205-125, Fax: -727.

⁷ Ein Teil der Kontaktbüros, vor allem in Südamerika, befindet sich nach der Einrichtung noch in der inhaltlichen Anlaufphase.

⁸ Mitunter drängt sich die Frage nach FuE-Kooperationen mit Unternehmen und Forschungseinrichtungen dieser Länder nicht direkt auf, doch hat die FoKo-Studie zum FuE-Kooperationsverhalten deutscher KMU ergeben, daß vonseiten der Unternehmen Interesse besteht, mit solchen Ländern zu kooperieren.

Anteile von Ländern mit Internationalen Kontaktbüros zur FuE-Kooperation am deutschen Außenhandel
Durchschnitt 1995 bis 2000

Ursprungs- oder Bestimmungsländ	Einfuhr		Ausfuhr	
	Insgesamt = 100	Jeweiliger Erdteil = 100	Insgesamt = 100	Jeweiliger Erdteil = 100
Europa	71,8	100,0	73,7	100,0
MOEL-Standorte	6,1	8,5	6,9	8,2
Polen	2,0	2,7	2,3	3,1
Tschechien	2,0	2,7	1,9	2,5
Slowakei	0,6	0,8	0,5	0,7
Ungarn	1,6	2,2	1,4	1,9
GUS-Standorte	2,4	3,3	2,1	2,5
Ukraine	0,1	0,2	0,3	0,3
Weißrussland	0,1	0,1	0,1	0,2
Russland	2,1	3,0	1,4	1,9
Georgien	0,0	0,0	0,0	0,0
Usbekistan	0,0	0,0	0,1	0,1
(Baltikum)	0,2	0,3	0,4	0,4
Amerika	10,6	100,0	12,2	100,0
Amerikanische Standorte	0,4	3,9	1,1	7,8
Mexiko	0,2	2,0	0,7	5,4
Argentinien	0,2	1,8	0,3	2,3
(Brasilien)	0,8	7,3	0,9	7,7
(Chile)	0,2	1,7	0,1	1,1
Asien	15,0	100,0	11,1	100,0
Asiatische Standorte	6,1	40,5	4,8	37,8
Indien	0,5	3,5	0,5	4,2
Indonesien	0,5	3,1	0,4	3,6
Malaysia	0,7	4,4	0,4	3,9
Singapur	0,7	4,4	0,7	5,9
China	2,8	18,8	1,3	12,1
Südkorea	1,0	6,3	0,9	7,9
<i>Nachr.:</i> Asiatische Standorte (ohne China)	3,3	21,7	2,8	25,6
(Israel)	0,3	1,8	0,5	4,3
Insgesamt	100,0	-	100,0	-

Die eingeklammerten Länder gelten als Kandidaten für einen evtl. Ausbau des Netzwerkes der Kontaktbüros.

Quellen: Statistisches Bundesamt, FS 7, R 1, 1998 sowie 9/2000; Berechnungen des DIW.

Kontaktbüros als eigenständige Institutionen: Die Kontaktbüros sollten als eigenständige Institutionen etabliert werden, um sich mit einer speziellen technologie- und innovationsorientierten Struktur auf die Förderung der internationalen FuE-Kooperation zu konzentrieren. Dies schließt nicht aus, dass die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit bereits existierenden Einrichtungen wie den Wirtschaftsreferaten der Botschaften oder den Außenhandelskammern vor Ort genutzt werden.

Die Büros sollen Neulingen den Einstieg in die internationale FuE-Kooperation erleichtern und andere KMU und externe Industrieforschungseinrichtungen⁹ bei der Orientierung auf für sie neuen Märkten unterstützen. Die Aufgaben der Kontaktbüros sind im Einzelnen:

- Beratung von KMU und externen Industrieforschungseinrichtungen aus Deutschland und von Unternehmen und FuE-Einrichtungen aus dem jeweiligen Sitzland bei

der Anbahnung und Entwicklung von FuE-Kooperationen

- Suche nach Partnern im jeweiligen Sitzland für FuE-Kooperationen deutscher Unternehmen und FuE-Einrichtungen

⁹ Externe Industrieforschungseinrichtungen sind selbständige wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen, die gewinnorientiert oder gemeinnützig überwiegend FuE-Dienstleistungen für Unternehmen erbringen. Sie sind nicht Universitäten und Hochschulen angegliedert und gehören auch nicht zu den großen Forschungsorganisationen (FhG, Max-Planck-Gesellschaft, Leibniz-Gesellschaft, AiF) oder zu Unternehmen. In der Regel wurden sie durch wissenschaftliches Personal von Unternehmen oder aus dem Hochschulbereich privat gegründet. In Ostdeutschland sind die meisten der externen Industrieforschungseinrichtungen während der Privatisierung durch Ausgründung von ehemaligen Forschungsbereichen von Kombinat oder von Instituten/Forschungsbereichen der Akademie der Wissenschaften der DDR entstanden.

- Sammlung von Kooperationswünschen von Unternehmen und FuE-Einrichtungen des Sitzlandes sowie deren Aufbereitung für deutsche Kooperationspartner
- Erschließung von Möglichkeiten der Komplementärförderung für die Partner im Sitzland
- Analyse der FuE-Landschaft im jeweiligen Sitzland und
- Organisation von Kontaktseminaren und Informationsveranstaltungen zur Publizierung des Dienstleistungsangebots der Kontaktbüros sowie zur konkreten Kontaktanbahnung

Aus der Konzeption und den Aufgaben der Kontaktbüros ergeben sich die Kriterien, die einer Bewertung der Tätigkeit dieser Büros zugrunde gelegt werden müssen. Zunächst ist zu fragen, ob die deutschen KMU und externen Industrieforschungseinrichtungen bei internationalen FuE-Kooperationen der Unterstützung bedürfen. Ein weiteres Kriterium ist, ob die KMU und FuE-Einrichtungen die Leistungen der Büros tatsächlich nachfragen. Zudem muss die Fähigkeit der Kontaktbüros untersucht werden, die Unterstützung in einer für die KMU und FuE-Einrichtungen zufrieden stellenden Weise zu leisten. Die Anzahl der über die Büros vermittelten Kontakte und der daraus resultierenden internationalen FuE-Kooperationsprojekte ist schließlich ein weiteres wichtiges Kriterium für den Erfolg des Förderinstruments. Hierzu müssen die erreichten Ergebnisse dem finanziellen Aufwand gegenübergestellt werden. Bei einer Bewertung der Büros ist allerdings zu berücksichtigen, dass sich viele erst in der Anlaufphase befinden und die hier vorgenommene Bewertung deshalb in weiten Teilen nur vorläufig sein kann.

Motive für die Beteiligung deutscher KMU an internationalen FuE-Kooperationen

Im Rahmen der Untersuchung zur Arbeit der Kontaktbüros wurden 400 Unternehmen und externe Industrieforschungseinrichtungen schriftlich befragt, die eine Förderung für internationale FuE-Kooperationsprojekte erhalten oder die in den vergangenen Jahren die Kontaktbüros konsultiert hatten. Zusätzlich wurden mit den KMU, die entweder erfolgreiche oder auch gescheiterte internationale FuE-Kooperationsprojekte aufweisen, Interviews geführt.¹⁰ Von den verwertbaren Antworten der schriftlichen Befragung entfielen vier Fünftel auf KMU, ein Fünftel der Antwortenden waren externe Industrieforschungseinrichtungen. Rund zwei Drittel aller Antworten kamen von Unternehmen und Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern, ein Drittel von solchen aus den alten Bundesländern.

¹⁰ Ergänzt wurden diese Aktivitäten durch schriftliche Kurzbefragungen und/oder Interviews mit Experten in den Sitzländern sowie Interviews mit unabhängigen deutschen Wirtschaftsfachleuten vor Ort (z. B. Auslandshandelskammern).

Abbildung 1

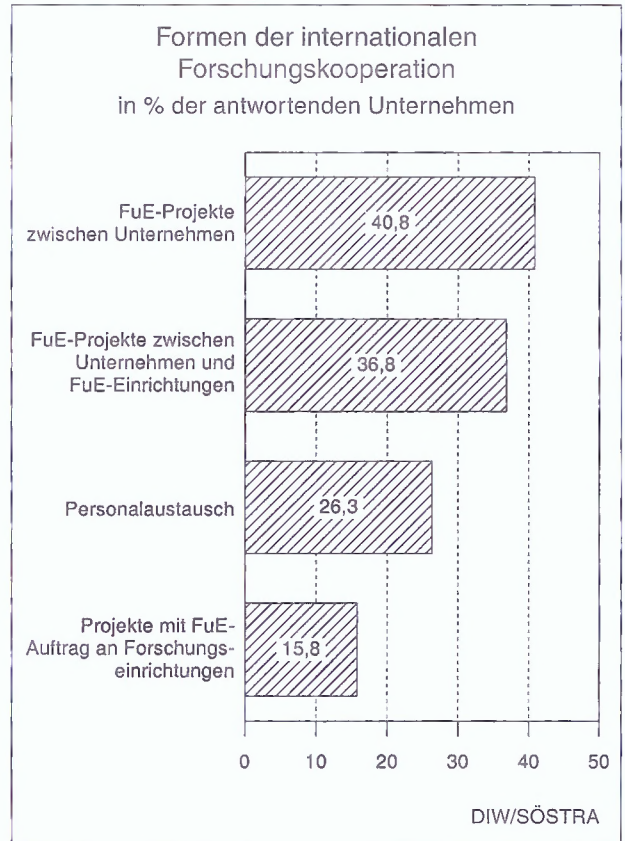
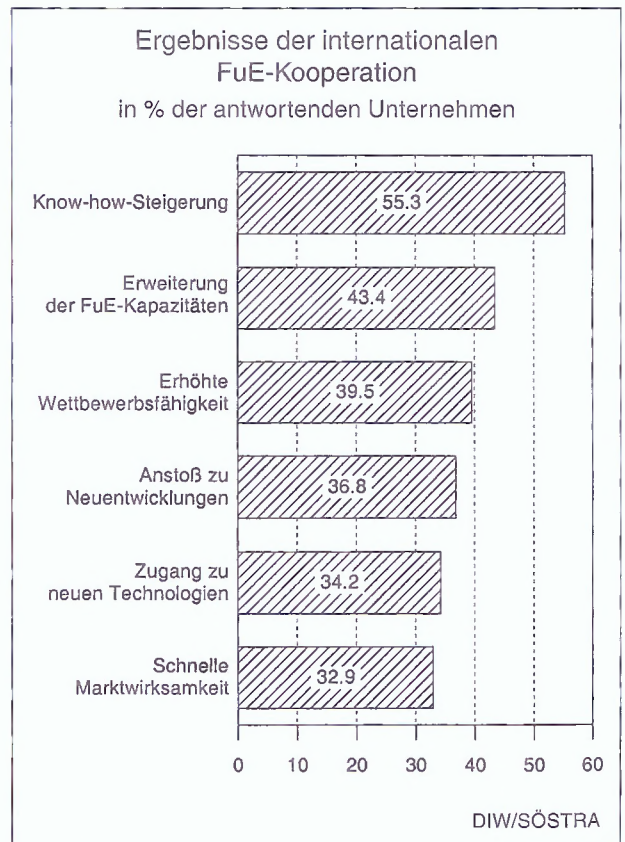


Abbildung 2



Für 85 % der Unternehmen hat die FuE-Kooperation bereits heute eine hohe und sehr hohe Bedeutung, und für rund die Hälfte trifft dies auch auf die *internationale* FuE-Kooperation zu. Über 90 % aller antwortenden Unternehmen und FuE-Einrichtungen sehen in der Zukunft sogar eine steigende Bedeutung der FuE-Kooperation im Allgemeinen, zu rund 85 % wird dies für die internationale FuE-Kooperation angegeben.

Durch die internationale Forschungsk Kooperation werden vor allem Know-how-Steigerungen, die Erweiterung von FuE-Kapazitäten, der Zugang zu neuen Technologien, Anstöße zu Neuentwicklungen, die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und die schnelle Marktwirksamkeit von FuE-Ergebnissen erreicht. Besonderes Gewicht kommt den beiden erstgenannten Effekten zu. Diese wurden von etwa jedem zweiten antwortenden Unternehmen angegeben.

Hohe Akzeptanz der Kontaktbüros bei KMU und externen Industrieforschungseinrichtungen

Vermittlungsarbeit statistisch kaum zu bewerten

Bis zum August 2000 führten mindestens 190 der von den Büros organisierten Kontakte zu FuE-Kooperationsprojekten von deutschen KMU oder externen Industrieforschungseinrichtungen mit ausländischen Partnern. Die meisten dieser Projekte wurden oder werden über „FoKo“ bzw. „ProInno“ gefördert. Es ist anzunehmen, dass es zusätzlich eine hohe „Dunkelziffer“ von über die Büros initiierten Kontakten gibt, die zu gemeinsamen Projekten oder Vereinbarungen über die Arbeitsteilung in den FuE geführt haben. Da von den beteiligten Kooperationspartnern nicht immer Fördermittel beantragt werden und die Aktivitäten deshalb oft statistisch nicht erfasst sind, dürfte die tatsächliche Zahl der Vorhaben, die auf die Kontaktbüros zurückgehen, sehr viel höher sein als die Zahl der gemeldeten FuE-Kooperationsprojekte.

Die Zahl der Vermittlungen und der aus diesen Kontakten resultierenden FuE-Kooperationen können als ein Indiz gewertet werden, dass ein Bedarf an einer derartigen Vermittlung von FuE-Kooperationspartnern besteht und die Aktivitäten der Büros von den KMU nachgefragt werden. Aus den Befragungsergebnissen wird auch deutlich, dass die Mehrzahl der Büros mit zunehmender Tätigkeitsdauer für die Zielgruppe an Wert gewinnt. Schon in der Aufbau- und Anlaufphase der Büros wurden in großer Zahl Kooperationsangebote aus den Sitzländern nach Deutschland weitergeleitet, wobei die Angebote hauptsächlich von FuE-Einrichtungen in den Sitzländern unterbreitet wurden. Im Vergleich dazu war die Anzahl der Anfragen deutscher KMU geringer. Die Zunahme im Zeitablauf und die bisher erreichte Zahl von durch die Büros

vermittelten internationalen FuE-Kooperationen ist bei Aufwendungen des BMWi von jährlich etwa 100 000 DM je Büro ein durchaus beachtliches Ergebnis.

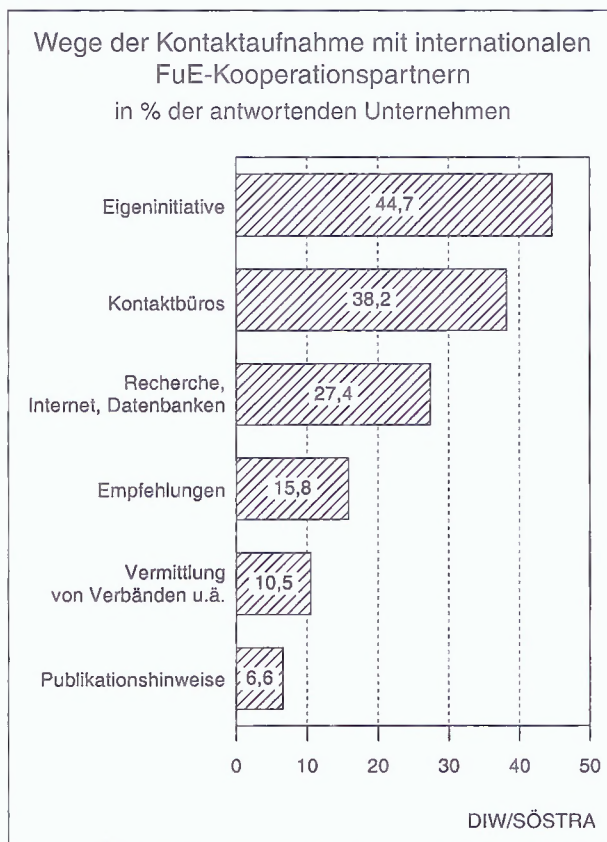
Die einzelnen Büros weisen unterschiedliche Resultate vor. Bei einer Beurteilung ist allerdings die Dauer ihres Bestehens zu berücksichtigen. Eine Rolle spielt aber auch, dass sie in jeweils anderen Märkten oder unter anderen Rahmenbedingungen arbeiten.

Erfahrungen deutscher KMU und Industrieforschungseinrichtungen mit den Kontaktbüros

Im Mittelpunkt der Befragungen von KMU und externen Industrieforschungseinrichtungen standen (a) die Arbeitsweise der jeweiligen Kontaktbüros, (b) die Unterstützung für die Nutzer, (c) die durch die transnationale Kooperation erreichten Effekte sowie (d) die Empfehlungen der Nutzer zur Arbeit der Kontaktbüros.

Den Erhebungsergebnissen zufolge erfüllen die internationalen Kontaktbüros nach Abschluss der Aufbauphase im Wesentlichen die ihnen gestellten Aufgaben. Die antwortenden KMU und FuE-Einrichtungen gaben zu 50 % an, dass die internationalen Kontaktbüros sie bei ih-

Abbildung 3



ren ausländischen FuE-Aktivitäten wirksam unterstützt hätten. Auf einer Skala von „eins“ (sehr gut) bis „fünf“ (unzureichend) erreichen die Kontaktbüros einen Wert, der im Durchschnitt bei „gut“ liegt. Dabei werden von den Befragten insbesondere das schnelle Reagieren der Büros auf die Anfragen der Unternehmen und Forschungseinrichtungen, die zügige und kompetente Bearbeitung der Anfragen sowie die Bereitstellung von Informationen zu Möglichkeiten und Rahmenbedingungen einer internationalen FuE-Kooperation mit dem Sitzland allgemein und für den speziellen Fall hervorgehoben.

Bei der Entstehung von neuen Kontakten deutscher forschender KMU bzw. externer Industrieforschungseinrichtungen steht die Vermittlung von Partnern durch die Büros knapp auf Platz zwei (nach der selbständigen Suche ohne fremde Hilfe).

Rund zwei Fünftel der antwortenden KMU und externen Industrieforschungseinrichtungen hatten die Forschungs-kooperation mit Unterstützung der Kontaktbüros angebahnt und organisiert. Dabei haben dies über die Hälfte von ihnen über die Vermittlung des Projektträgers AiF Berlin erreicht. Das gute Ergebnis resultiert unter anderem aus der Tatsache, dass die Kontaktbüros der AiF bisher am längsten tätig und die jeweiligen Sitzländer für deutsche KMU auch von besonderem Interesse sind. Den Projektträgern DIHT und FhG ist es bislang noch nicht gelungen, für ihren Tätigkeitsbereich und die von ihnen betreuten Märkte bei den KMU eine entsprechende Aufmerksamkeit zu erzielen.¹¹

Die Kontaktbüros haben die deutschen KMU insbesondere bei der Suche nach geeigneten Partnern im jeweiligen Sitzland (einschließlich der Bewertung ihrer fachlichen Eignung) sowie beim Zustandekommen von Kooperationsvereinbarungen unterstützt. Vor allem die Prüfung potentieller Partner auf deren Seriosität, die Herstellung eines Erstkontaktes sowie die Vorbereitung eines ersten Treffens vor Ort durch die Büros sind zentrale Bedingungen für die erfolgreiche und zügige Anbahnung von FuE-Kooperationen. Aber auch die anderen Aufgaben, die die Kontaktbüros gemäß ihrer Konzeption erfüllen sollen, treffen bei den deutschen KMU und den externen Industrieforschungseinrichtungen auf einen hohen und künftig steigenden Bedarf. Beispielsweise scheint deutschen KMU in den MOEL besonders wichtig zu sein, von den Büros Informationen zur FuE-Landschaft und Unterstützung bei den Behörden zu erhalten. In China stößt neben der Unterstützung bei den Behörden die Hilfe bei sprachlichen Problemen auf das besondere Interesse der Zielgruppe.

Für die Unternehmen waren vor allem auch finanzielle Gründe ausschlaggebend, das kostenlose Leistungsangebot der internationalen Kontaktbüros in Anspruch zu nehmen. Jedes dritte antwortende Unternehmen hat sich in den Befragungen entsprechend geäußert.

Ein Indiz dafür, dass die KMU mit der Arbeitsweise der internationalen Kontaktbüros insgesamt zufrieden sind,

ist der Tatbestand, dass etwa zwei Drittel aller Unternehmen, die bisher die internationalen Kontaktbüros konsultiert haben, dies auch in Zukunft wieder tun würden.

Die Hälfte der antwortenden Unternehmen gab an, dass die Aufgaben der Kontaktbüros nicht von anderen deutschen Einrichtungen im Sitzland wahrgenommen werden können. Dies bestätigt, dass das Förderkonzept einer eigenständigen Institution aus der Sicht der Nutzer positiv bewertet wird. Auch Vertreter von anderen im Ausland aktiven deutschen Organisationen haben explizit auf die Sinnhaftigkeit spezialisierter Strukturen zur Förderung der internationalen FuE-Kooperation vor Ort hingewiesen.

Die befragten deutschen KMU und FuE-Einrichtungen äußerten sich mehrheitlich positiv zu einer Erweiterung des Netzwerkes der Kontaktbüros auf andere Regionen oder Standorte. Dabei wird etwa mit gleichen Gewichten für neue Kontaktbüros im Baltikum, in Südosteuropa (Balkan), den südlichen Mittelmeeranrainerstaaten, Westeuropa, Nordamerika und Japan plädiert. Dies deutet darauf hin, dass die antwortenden KMU die Kontakthanbahnung generell für schwierig und aufwendig halten und dafür — unabhängig von der Region — Unterstützung erhoffen.

Hemmnisse bei der Kooperationsanbahnung und Veränderungsbedarf

Es gibt aus der Sicht der Unternehmen und externen Industrieforschungseinrichtungen jedoch auch eine Reihe von Hemmnissen, die die Effizienz der internationalen Kontaktbüros negativ beeinflussen. Dies sind sowohl unternehmensinterne Probleme der KMU (z. B. fehlendes Vertrauen gegenüber vor allem mittel- und osteuropäischen oder asiatischen Partnern und Angst vor bürokratischen Hindernissen im Sitzland) sowie externe Rahmenbedingungen (z. B. fehlende Komplementärförderung für ausländische Partner) als auch Defizite in den Büros und bei den Projektträgern (z. B. unzureichende technische Kompetenz von Büroleitern zur Beurteilung von FuE-Kooperationsangeboten aus dem Sitzland).

Bislang ist die zielgenaue Vermittlung von Kooperationsangeboten aus den Sitzländern an deutsche KMU eine Schwäche des Systems. Die Konzeption der Kontaktbüros war ursprünglich auch nicht darauf ausgerichtet, Kooperationsangebote aus dem Ausland zu vermitteln. Der inzwischen erfolgte Zusammenschluss der drei Projektträger AiF, DIHT und FhG zum „Netzwerk Technologiekooperation“ hat den Trägern und den Kontaktbüros neue Möglichkeiten eröffnet. Durch die Zusammenarbeit im Netzwerk werden gemeinsame Problemlösungen, Ak-

¹¹ So wurde in Unternehmensgesprächen geäußert, daß die KMU überhaupt nicht erwartet hätten, daß DIHT und FhG sich auch im Sinne der KMU um solche Fragen kümmern würden. Deren Büros sitzen außerdem in fernen Ländern, bei denen die Hemmschwellen für KMU höher liegen.

tivitäten wie koordinierte Messeauftritte sowie ein verbesserter Informationsfluss zwischen den Kontaktbüros und den drei Trägern möglich. Entscheidend ist, dass die Büroleiter im Ausland einen Zugang zu den internen Kommunikationsnetzwerken der Projektträger in Deutschland haben, was die Ermittlung potentieller deutscher Partner sehr erleichtern dürfte. Wenn es den Projektträgern gelingt, die möglichen Synergien aus dem Zusammenschluss zum „Netzwerk Technologiekoooperation“ tatsächlich umzusetzen, kann dies den Nutzen der Kontaktbüros für die deutschen KMU deutlich steigern.

Die Projektträger sind beim Aufbau und der Unterstützung der internationalen Kontaktbüros bislang gut vorangekommen. Insgesamt waren die Finanzmittel zunächst ausreichend, um die Kontaktbüros im Ausland zu etablieren und mit der Arbeit zu beginnen. Die finanzielle und personelle Ausstattung der Kontaktbüros ist allerdings für die laufenden Arbeiten knapp bemessen. Dies gilt auch für die Projektträger, denen die bisherige Finanzierung kaum Handlungsspielraum lässt. Dieses Problem dürfte sich noch verschärfen, wenn neue Büros hinzukommen sollten und die notwendige Vermittlungsarbeit in Deutschland intensiviert wird.

Ausbau des Netzwerks erfordert länderspezifische Ausrichtung

Die Kontaktbüros sind eine geeignete Form, das anvisierte Ziel der Förderung der internationalen FuE-Kooperation von deutschen KMU und industrienahen FuE-Einrichtungen mit ausländischen Partnern zu erreichen. Die Einrichtung der Büros war insgesamt wenig kostenaufwendig, und sie haben dafür bemerkenswerte Wirkungen erzielt (große Zahl realisierter Kontaktabbahnungen und Projekte, hoher Grad an Zufriedenheit der Unternehmen und FuE-Einrichtungen, Vernetzung der Aktivitäten zur Anbahnung von FuE-Kooperationen in Deutschland).

Die Kontaktbüros sind inzwischen insbesondere in den MOEL — und zunehmend auch in den anderen Regionen — für deutsche KMU und externe Industrieforschungseinrichtungen eine wichtige Anlaufstelle. Gerade mit Blick auf die besonders problematischen Felder (Neueinstieg in die internationale FuE-Kooperation, Partnersuche, sprachliche und kulturelle Unterschiede, Vertrauensbildung usw.) können die Kontaktbüros bei der Überwindung der bestehenden Hemmnisse helfen. Die bisher eingerichteten Büros decken — wenn auch mit unterschiedlichen Erfolgen in den einzelnen Ländern und Regionen — die im Aufgabenkatalog durch das Ministerium definierten Arbeitsfelder ab. Die meisten Büroleiter haben in den Sitzländern hochrangige Kontakte und Unterstützung organisiert. Zudem führen sie laufend Vermittlungen durch, aus denen eine zunehmende Anzahl technisch und ökonomisch aussichtsreicher Kooperationsprojekte erwächst.¹²

Da keine anderen Stellen im In- und Ausland in vergleichbarer Weise auf die spezifischen Wünsche und Anforderungen der KMU und FuE-Einrichtungen bei der Kontaktabbahnung eingehen können, wurde mit der Etablierung der Kontaktbüros in den für FuE-Kooperationen interessanten Märkten eine Lücke geschlossen. Neben der *aktuellen* Vermittlung von FuE-Kooperationen deutscher KMU mit ausländischen Unternehmen und FuE-Einrichtungen ist das Vorhalten eines Netzwerkes zur Erleichterung von FuE-Kooperation in wichtigen Regionen aber auch eine *strategische Aufgabe*.

Angesichts der insgesamt positiven Bewertung durch die Befragten plant das BMWi, die Arbeit der Kontaktbüros weiter finanziell zu unterstützen. Allerdings besteht hinsichtlich der künftigen Ausgestaltung und Umsetzung der Förderkonzeption auch Prüfungs- und Veränderungsbedarf.

Die Untersuchung zur Arbeit der Büros hat eine Reihe von Möglichkeiten der Effizienzsteigerung ergeben. Dem BMWi und den Projektträgern wird empfohlen, die Aufgabenprofile der Kontaktbüros länderbezogen weiter zu schärfen, um die Schwerpunkte richtig zu setzen. Das ist auch eine wichtige Voraussetzung für die effiziente und zielorientierte Führung durch die Projektträger.

Auch künftig sind die Kontaktbüros unter ökonomischen Gesichtspunkten sowie unter Beachtung sonstiger Aspekte, z. B. politischer Ziele, zu überprüfen. Es sollte auch überlegt werden, inwieweit es sinnvoll ist, weitere Kontaktbüros in Regionen aufzubauen, in denen die ökonomischen und organisatorisch-institutionellen Voraussetzungen für die FuE-Kooperation gegeben sind. Dazu müssten Erwartungen konkretisiert und Kriterien entwickelt werden, in welchen Ländern und mit welchen länderspezifischen Zielen die FuE-Kooperation unterstützt werden soll (z. B. Marktpotentiale, Technologiepotentiale, Möglichkeiten für den Aufbau von Zuliefersystemen). Wenn über die FuE-Kooperation hinaus die Markterschließung eine größere Rolle spielen sollte, wären für die Büros veränderte Leistungskriterien anzusetzen. Bei erweiterten Aufgaben (z. B. über die Unterstützung von deutschen KMU hinausgehend oder in Richtung einer Kooperation zwischen FuE-Einrichtungen im Sitzland und in Deutschland) sollte auch über zusätzliche Finanzierungsquellen nachgedacht werden. So könnte eine Kostenbeteiligung der Unternehmen in Erwägung gezogen werden. Gegenwärtig ist dies angesichts der gewünschten Anschubfunktion und des insgesamt marktunspezifischen Leistungsspektrums der Büros jedoch nicht zu empfehlen.

¹² Ob und wann die positive Zunahme der durch die Büros vermittelten Erstkontakte und erfolgreichen Kooperationen ihre „Sättigungsgrenze“ erreicht haben, muss abgewartet werden. Wahrscheinlich begrenzen in vielen Sitzländern dann eher die nicht beliebig vermehrbaren zeitlichen Ressourcen der Büroleiter die praktischen Arbeitsergebnisse als die generellen Möglichkeiten im Sitzland.

Die finanzielle, personelle und technische Ausstattung der Kontaktbüros sollte flexibel an die sich verändernden Anforderungen in den Sitzländern sowie an den Vermittlungsbedarf aus Deutschland angepasst werden. Das Controllingssystem der Projektträger wäre entsprechend weiterzuentwickeln.

Entscheidend für den Vermittlungserfolg der Kontaktbüros ist der Informationsfluss aus den Sitzländern an deutsche KMU und Industrieforschungseinrichtungen. Zu verbessern ist vor allem die Weiterleitung von ausländischen FuE-Kooperationsangeboten an deutsche KMU. Entspre-

chende finanzielle und personelle Ausstattungen sollten geschaffen werden. Die Projektträger sollten die Büroleiter bei der Erhöhung ihrer Kompetenz zur technischen und kaufmännischen Beurteilung von Kooperationsangeboten unterstützen.

Für erfolgreich abgeschlossene FuE-Kooperationsvorhaben wird vorgeschlagen, dass diese von den Projektträgern sowohl in Deutschland als auch im Sitzland mehr publiziert und in Veranstaltungen vorgestellt werden. Dazu sollten auch Kammern und Verbände herangezogen werden.

Unbefristete Vollzeitbeschäftigung nach wie vor dominierende Erwerbsform in Europa

Auf den Arbeitsmärkten der Europäischen Union (EU) dominieren nach wie vor unbefristete Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse. Gleichwohl sind auch andere Erwerbsformen (befristete Tätigkeiten, Teilzeitarbeit, Selbständigkeit) von erheblicher Bedeutung. Dabei gibt es große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Besonders ausgeprägt sind die Differenzen bei der Erwerbstätigkeit von Frauen: Deutschland liegt bei der Erwerbstätigenquote im oberen und in Bezug auf den Anteil unbefristeter Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse im unteren Mittelfeld der EU. Hier weisen die skandinavischen Länder, aber auch Frankreich und Luxemburg, die höchsten Anteile auf. In Dänemark wird dabei gleichzeitig die höchste Erwerbstätigenquote bei Frauen innerhalb der EU erreicht.

In Luxemburg, Deutschland, den Niederlanden und Österreich sind die Anteile von Männern in unbefristeten Vollzeitbeschäftigungsverhältnissen besonders hoch. Dabei weisen die Niederlande die höchste Erwerbstätigenquote auf. Dort ist dagegen bei den weiblichen Erwerbstätigen — bei durchschnittlicher Erwerbstätigenquote — der Anteil unbefristeter Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse am geringsten. Dem steht ein entsprechend hohes Gewicht anderer Erwerbsformen gegenüber; geringfügige Beschäftigung ist in den Niederlanden wesentlich stärker verbreitet als in den anderen EU-Ländern.¹ Insgesamt gesehen kann aber von einer „Erosion des Normalarbeitsverhältnisses“ in Europa nicht gesprochen werden.

Untersuchungen des DIW zu Arbeitszeitwünschen zeigen, dass in Deutschland unter den Vollzeitbeschäftigten der Anteil derjenigen, die Überstunden leisten wollen, zunimmt und dass die Neigung zu Teilzeitarbeit tendenziell sinkt. Dies gilt in besonderem Maße für Männer, ist aber auch bei Frauen erkennbar.²

Gleichwohl wird Teilzeitarbeit weit überwiegend von Frauen ausgeübt. Deren Wunsch, mehr zu arbeiten, ist in Westdeutschland geringer ausgeprägt (ca. 8 %) als in Ostdeutschland (über 30 %). Dort steigt der Wunsch von teilzeitbeschäftigten Frauen, eher Vollzeit zu arbeiten, seit Jahren. Damit ist insgesamt mit einer zunehmenden Erwerbsneigung von Frauen zu rechnen.³

Auch in anderen europäischen Ländern ist in den 90er Jahren eine Steigerung der Erwerbsbeteiligung, vor allem bei Frauen, zu beobachten gewesen. Da der zunehmende Arbeitsmarkteintritt von Frauen in erster Linie über Teilzeitbeschäftigungen stattfindet, geht der relative Anteil von unbefristeten Vollzeitbeschäftigten an der Gesamtbeschäftigung zurück. In absoluten Größen betrachtet nimmt die Zahl der unbefristeten Vollzeitbeschäftigten allerdings nicht wesentlich ab; in einigen Ländern steigt sie sogar.⁴ Dies spricht gegen die Erosions-These.⁵

Vor diesem Hintergrund werden hier Daten zu Formen der Erwerbstätigkeit in den Ländern der EU präsentiert. Grundlage ist das Europäische Haushaltspanel (European Community Household Panel, im Folgenden: ECHP⁶), welches im Auftrag des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (EUROSTAT) in den jeweiligen Ländern von staatlichen oder nichtstaatlichen Institutionen erhoben wird. Bisher stehen Informationen in Form von Mikrodaten aus den ersten drei Jahren des ECHP (Wellen 1–3, 1994–1996) zur Verfügung.⁷ Mit aktuelleren Daten ist erst

¹ Die hier vorgestellte Analyse beruht auf Forschungsarbeiten der *European Panel Analysis Group* (EPAG), eines europaweiten Forschungskonsortiums, welches von der Universität Essex (GB) koordiniert wird. Zu weiteren Informationen vgl. <http://www.iser.essex.ac.uk/epag>.

² Es gibt jedoch erhebliche Unterschiede zwischen den alten und den neuen Ländern; in Ostdeutschland ist bei beiden Geschlechtern der Wunsch nach Überstunden stärker und die Neigung zur Teilzeitbeschäftigung geringer als in Westdeutschland. Vgl. Förderung von Teilzeitarbeit durch gesetzlichen Rechtsanspruch – Reform oder Hindernis für mehr Beschäftigung? Bearb.: Elke Holst und Jürgen Schupp. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 49/2000, Abbildung 1.

³ Vgl. Elke Holst und Jürgen Schupp, a.a.O., Abbildung 2.

⁴ Vgl. OECD (1999): *Employment Outlook*, Paris, S.36.

⁵ Zur Klärung dieses Missverständnisses vgl. Teilzeitbeschäftigung zu Lasten der Vollzeiterwerbstätigkeit? Bearb.: Gert G. Wagner. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 44/98; E. Hoffmann, U. Walwei (1998): Normalarbeitsverhältnis: ein Auslaufmodell? In: MittAB 3, S. 409–425; A. Wagner (2000): Krise des Normalarbeitsverhältnisses? Über eine konfuse Debatte und ihre politische Instrumentalisierung. In: C. Schäfer (Hrsg.), *Geringere Löhne — mehr Beschäftigung?*, Hamburg, S. 200–246.

⁶ Zu der Grundkonzeption des ECHP vgl. EUROSTAT (1996): *The European Community Household Panel (ECHP): Survey Methodology and Implementation*, Vol. 1, Luxembourg; EUROSTAT (1996): *European Community Household Panel: Methods*, Vol. 1, Luxembourg; A. Clémenceau, V. Verma (1996): *Methodology of the European Community Household Panel*. In: *Statistics in Transition*, Vol. 2, No. 7, S. 1023–1062. Siehe auch <http://forum.europa.eu.int/Public/irc/dsis/echpanel/library>.

⁷ Dabei ist zwischen zwei Versionen des ECHP zu unterscheiden. Die sog. *Production Database* (PDP) steht in erster Linie EUROSTAT und den jeweiligen nationalen Datenproduzenten zur Verfügung. Von EUROSTAT wird eine weitere Version unter der Bezeichnung *User Database* (UDB) herausgegeben, welche Grundlage für die folgenden Berechnungen ist. Beide Versionen beziehen sich für 1994 auf die EU-12-Länder. Für 1995 kommt Österreich, für 1996 Finnland hinzu.

Formen der Erwerbstätigkeit nach dem Europäischen Haushaltspanel (ECHP)

- Vollzeitarbeit
(≤ 30 Stunden/Woche)
 - Unbefristete Vollzeittätigkeit
 - Befristete Vollzeittätigkeit
- Reguläre Teilzeitarbeit
(15–29 Stunden/Woche)
 - Unbefristet
 - Befristet
- Geringfügige Beschäftigung
(< 15 Stunden/Woche)
- Selbständige Arbeit
 - In der Landwirtschaft
 - Außerhalb der Landwirtschaft
 - mit abhängig Beschäftigten
 - ohne abhängig Beschäftigte
 - < 15 Arbeitsstunden/Woche

im Laufe des Jahres 2001 zu rechnen.⁸ Box 1 zeigt die im Folgenden benutzte Kategorisierung von Erwerbsformen. Die einzelnen Kategorien werden zusammengefasst zu standardisierten, entstandardisierten und selbständigen Erwerbsformen (Box 2).⁹

Anteile von Erwerbsformen

In Deutschland hatten im Jahre 1996 rund 77 % aller erwerbstätigen *Männer* im Alter von 16 bis 64 Jahren eine unbefristete Vollzeitbeschäftigung. Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind hier gering. In Westdeutschland betrug der Anteil 76 %, in Ostdeutschland 79 %. Mit diesen Quoten, die weit über dem europäischen Durchschnitt von 65 % liegen (Tabelle 1)¹⁰, nimmt Deutschland nach Luxemburg den zweiten Platz in der EU ein. Unter dem europäischen Durchschnitt liegen die vier mediterranen Länder und Irland.

Völlig anders war die Struktur bei den erwerbstätigen *Frauen*. In Ostdeutschland war — als eine Erbschaft der

⁸ Die Verzögerung ist durch den erheblichen operativen Aufwand bedingt (Koordination zwischen mittlerweile 14 nationalen Datenproduzenten und Aggregation der entsprechenden nationalen Datensätze zu einer PDB bzw. UDB). Die Aussagekraft der Informationen zu Erwerbsformen dürfte indes unter der Verzögerung kaum leiden, da es auf diesem Gebiet nicht zu sprunghaften Veränderungen kommt.

⁹ Den Bezeichnungen „standardisiert“ und „entstandardisiert“ wurde der Vorrang vor dem Begriffspaar „Normalarbeitsverhältnis“

Zusammenfassung von Erwerbsformen

- Standardisierte Erwerbsformen
 - Unbefristete Vollzeittätigkeit
- Entstandardisierte Erwerbsformen
 - Befristete Vollzeittätigkeit
 - Unbefristete reguläre Teilzeitarbeit
 - Befristete reguläre Teilzeitarbeit
 - Geringfügige Teilzeitarbeit
- Selbständigkeit

Die in Box 1 noch untergliederten selbständigen Erwerbsformen wurden zu nur einer Kategorie der Selbständigkeit zusammengefasst, da Selbständigkeit an sich im Vergleich zur abhängigen Erwerbstätigkeit grundsätzlich nicht als standardisiert oder entstandardisiert bezeichnet werden kann. Eine Ausnahme wäre allerdings die Zuordnung der sog. Scheinselbständigkeit zur Kategorie der entstandardisierten Erwerbsformen, da sich dahinter letztendlich eine besondere Art von entstandardisierter abhängiger Beschäftigung verbirgt. Außer der vagen Kategorisierung als „selbständige Beschäftigung ohne Mitarbeiter“, unter welche das Gros der Scheinselbständigen fallen wird, lassen sich jedoch auch im ECHP keine weiteren Informationen zur Identifizierung dieser Beschäftigungsgruppe finden.¹⁾²⁾

¹ Zum allgemeinen Problem der empirischen Erfassung von Scheinselbständigkeit mit dem derzeit vorhandenem Datenmaterial vgl. für Deutschland H. Dietrich (1998): Möglichkeiten und Grenzen der empirischen Erfassung von Scheinselbständigkeit. In: J. Schupp (Hrsg.), Arbeitsmarktstatistik zwischen Fiktion und Realität, Berlin, S. 131–165.

² Gleichwohl existieren neben den deutschen Bestimmungen zur Scheinselbständigkeit nach § 7 Abs. 4 SGB IV ähnliche Regelungen bereits seit 1991 in Belgien, seit 1997 in Italien und seit 1998 in Griechenland (OECD (2000): Employment Outlook, Paris, S. 177).

und „atypisches Beschäftigungsverhältnis“ gegeben, da im internationalen Vergleich gleiche oder zumindest ähnliche Erwerbsformen für einige Länder typischer, für andere wiederum weniger typisch sind. Desgleichen kann in einem zwischengeschlechtlichen Vergleich die Bedeutung von ‚normal und atypisch‘ nicht einheitlich verwendet werden, da z. B. Teilzeitbeschäftigung für Männer eher atypisch, für Frauen hingegen eher als normal einzustufen wäre. Zur international vergleichenden Definition von Erwerbsformen vgl. ausführlicher R. Dekker, L.C. Kaiser (2000): Atypical or Flexible? — How to Define Non-Standard Employment Patterns — The Cases of Germany, the Netherlands and the United Kingdom. EPAG Working Paper 14. Colchester: University of Essex, <http://www.irc.essex.ac.uk/epag/pubs/pdf/2000-14.pdf>.

¹⁰ Die Anteile der verschiedenen Erwerbsformen sind dabei stets auf der Basis der Erwerbstätigenquote in den jeweiligen Ländern zu interpretieren. Dementsprechend weist Tabelle 1 den Anteil der Erwerbstätigen in Bezug auf die Erwerbsbevölkerung aus.

Tabelle 1

Erwerbsformen¹⁾ in der EU 1996
Anteile an der Gesamtbeschäftigung in %

Land	Rangfolge ²⁾	Standardisiert	Entstandardisiert	Selbständig	Nachrichtlich: Erwerbstätigen- quote ³⁾
Frauen					
Belgien	8	53,4	36,3	10,4	43,3
Dänemark	3	63,6	32,2	4,3	68,3
Deutschland	9	49,9	44,4	5,7	58,8
Ost	/	72,2	24,1	3,7	57,1
West	/	44,5	49,3	6,2	59,2
Finnland	1	68,1	22,2	9,7	54,4
Frankreich	2	66,1	27,3	6,6	51,7
Griechenland	10	48,5	27,4	24,1	33,7
Irland	12	47,6	44,9	7,5	43,1
Italien	6	55,4	26,9	17,7	31,9
Luxemburg	4	61,1	31,9	7,0	45,4
Niederlande	14	35,2	59,0	5,8	55,2
Österreich	7	54,1	35,0	10,9	57,1
Portugal	5	55,6	22,4	22,0	55,5
Spanien	13	40,5	42,5	17,0	32,5
Vereinigtes Königreich	11	47,7	43,2	9,1	63,4
EU 14		53,0	35,2	11,8	47,1
Männer					
Belgien	5	72,4	11,9	15,7	66,6
Dänemark	6	72,3	19,2	8,5	79,6
Deutschland	2	76,8	14,2	9,0	77,6
Ost	/	79,0	14,2	6,8	73,3
West	/	76,3	14,2	9,5	78,6
Finnland	8	67,2	15,8	17,0	61,6
Frankreich	4	74,8	11,7	13,5	69,4
Griechenland	13	43,6	16,1	40,3	71,2
Irland	9	60,5	15,5	24,0	68,2
Italien	11	59,3	11,3	29,5	63,4
Luxemburg	1	85,2	5,2	9,6	73,5
Niederlande	2	76,8	15,8	7,4	78,1
Österreich	3	75,6	11,8	12,6	77,6
Portugal	10	60,3	13,6	26,1	76,0
Spanien	12	48,7	27,6	23,6	63,3
Vereinigtes Königreich	7	70,0	11,5	18,5	78,5
EU 14		64,8	15,1	20,1	70,5

¹⁾ Definitionen siehe Boxen 1 und 2. — ²⁾ Rangfolgeplatz nach dem Anteil von standardisierten Erwerbsformen. — ³⁾ Anteil der Erwerbstätigen an der Erwerbsbevölkerung in der Altersspanne der 16–64-Jährigen.
Quellen: Benutzerdatenbasis-Europäisches Haushaltspanel (UDB-ECHP); Berechnungen des DIW.

DDR — der Anteil der unbefristet Vollzeitbeschäftigten bei den Frauen mit 72% ungewöhnlich hoch — fast so hoch wie bei den Männern (79%). In Westdeutschland war dieser Anteil mit 45% beträchtlich niedriger. Nur wenig höher war — wegen des dominierenden Gewichts Westdeutschlands — der Anteil der unbefristet vollzeitbeschäftigten Frauen in Deutschland insgesamt. Mit einer Quote von nur 50% lag Deutschland unter dem EU-Durchschnitt von 53% und damit auf dem neunten Platz. Wie groß in jüngster Zeit der Abstand zu den Spitzenreitern war, zeigen die Quoten von 68% für Finnland, 66% für Frankreich, 64% für Dänemark und 61% für Lu-

xemburg.¹¹ Freilich gab es auch das andere Extrem: In den Niederlanden, dem Land mit dem weltweit höchsten

¹¹ Unterschiedliche Bildungs- und Verrentungssysteme in den einzelnen Ländern prägen die Erwerbsbeteiligung stark, wodurch auch die Zusammensetzung der Erwerbstätigen beeinflusst wird. Um diesen Effekt zu verringern, ist eine ausschließliche Betrachtung der „Kernaltersgruppe“ des Arbeitsmarktes (25–54 Jahre) sinnvoll. Dabei zeigt sich, dass nur in Dänemark bei Frauen wie bei Männern der Anteil der standardisierten Erwerbsformen in der Kernaltersgruppe erheblich (um rund 6 Prozentpunkte) höher liegt, als in der gesamten Altersspanne der 16–64-Jährigen.

Anteil der Teilzeitbeschäftigungen von Frauen, waren nur 35% der erwerbstätigen Frauen unbefristet vollzeitbeschäftigt. Dementsprechend liegen die Niederlande beim Anteil von Frauen in entstandardisierten Beschäftigungsverhältnissen mit 59% an erster Stelle.

Bei der Bewertung der Daten ist zu beachten, dass auch die Erwerbsbeteiligung der Frauen in der EU sehr unterschiedlich ist. In den skandinavischen Ländern und in Frankreich sind die Anteile der Frauen, die in standardisierten Erwerbsverhältnissen arbeiten, sehr hoch, und gleichzeitig liegt die Erwerbstätigenquote der Frauen dort über dem europäischen Durchschnitt.¹²

Bei den männlichen Erwerbstätigen nimmt Spanien in Bezug auf den Anteil von entstandardisierten Erwerbsformen mit einem Anteil von 28% den Spitzenplatz ein. Ebenfalls über dem europäischen Durchschnitt von 15%

liegt Dänemark. Bei den übrigen Ländern sind die Abweichungen vom Durchschnitt nicht groß.

Bezüglich der verschiedenen Formen entstandardisierter Erwerbstätigkeit gibt es große Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Männliche Erwerbstätige in entstandardisierten Beschäftigungsverhältnissen üben meist befristete Vollzeittätigkeiten aus. Deutschland liegt hier mit 71% knapp über dem EU-Durchschnitt von 69% (Tabel-

¹² Die Kombination von hohen Anteilen standardisierter Erwerbsformen und hoher Erwerbsbeteiligung von Frauen in Finnland, Dänemark und Frankreich dürfte mit der Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen bzw. Müttern in diesen Ländern zusammenhängen. Bei einem solchen Vergleich liegt Deutschland eher im unteren Mittelfeld. Vgl. dazu J.C. Gornick et al. (1997): Supporting the Employment of Mothers: Policy Variation across Fourteen Welfare States. In: Journal of European Social Policy, Vol. 7, No. 1, S. 45-70.

Tabelle 2

Entstandardisierte Erwerbsformen¹⁾ in der EU 1996
Anteile an der gesamten entstandardisierten abhängigen Beschäftigung in %

Land	Befristete Vollzeitbeschäftigung	Unbefristete Teilzeitbeschäftigung	Befristete Teilzeitbeschäftigung	Geringfügige Beschäftigung
Frauen				
Belgien	18,9	49,7	11,2	20,2
Dänemark	26,4	38,4	9,5	25,7
Deutschland	18,2	46,6	6,6	28,6
Finnland	52,8	18,7	10,5	18,1
Frankreich	20,7	62,2	13,3	3,8
Griechenland	45,9	26,3	21,8	6,1
Irland	22,6	32,1	20,4	24,8
Italien	28,3	50,5	11,3	9,9
Luxemburg	14,1	56,9	9,9	19,1
Niederlande	7,2	43,1	8,5	41,1
Österreich	20,0	53,1	10,1	16,8
Portugal	59,5	19,4	10,9	10,1
Spanien	57,1	10,2	17,1	15,5
Vereinigtes Königreich	12,4	48,6	14,8	24,2
EU 14	27,4	39,4	12,3	20,9
Männer				
Belgien	58,8	19,0	/	19,0
Dänemark	60,3	5,4	8,2	26,1
Deutschland	71,1	7,0	2,7	19,2
Finnland	65,4	11,8	6,6	16,3
Frankreich	60,5	22,2	12,2	5,2
Griechenland	73,2	16,7	6,5	3,6
Irland	60,6	14,6	11,2	13,6
Italien	60,6	18,8	9,6	11,0
Luxemburg	70,4	/	/	/
Niederlande	41,8	18,7	6,1	33,4
Österreich	70,6	12,8	/	14,3
Portugal	88,6	3,9	2,5	5,0
Spanien	88,0	2,4	4,6	4,9
Vereinigtes Königreich	60,4	11,1	12,9	15,6
EU 14	69,4	11,4	6,5	12,6

¹⁾ Definition siehe Box 1.— (/) Aufgrund geringer Fallzahl (weniger als 10 Fälle) nicht ausgewiesen.

Quellen: Benutzerdatenbasis-Europäisches Haushaltspanel (UDB-ECHP); Berechnungen des DIW.

le 2).¹³ Bei den Frauen hat dagegen die unbefristete Teilzeittätigkeit mit 39 % das höchste Gewicht. Deutschland liegt dabei mit 47 % deutlich über dem EU-Durchschnitt. Befristete Teilzeitarbeit spielt hingegen sowohl bei den europäischen Frauen insgesamt (12 %) als auch bei deutschen Frauen (7 %) nur eine untergeordnete Rolle. Von erheblicher Bedeutung im Segment der entstandardisierten Erwerbsformen ist dagegen die geringfügige Beschäftigung mit einem durchschnittlichen Anteil von 21 % bei Frauen und 13 % bei Männern. Deutschland liegt hier mit einem Anteil von 29 % bei den Frauen und 19 % bei den Männern über dem EU-Durchschnitt. Spitzenwerte bei Frauen (41 %) und Männern (33 %) weisen die Niederlande auf. Der mit Hilfe von mehr Teilzeit erreichte beschäftigungspolitische Erfolg in den Niederlanden beruht demnach wesentlich nur auf geringfügiger Beschäftigung.

Selbständige Erwerbstätigkeit ist in allen Ländern unter Männern weit mehr verbreitet als unter Frauen. Deutschland liegt hier mit 9 % (Männer) und 6 % (Frauen) weit unter dem EU-Durchschnitt (20 % bzw. 12 %) (Tabelle 1).

Es gibt allerdings erhebliche Strukturunterschiede im Bereich der Selbständigkeit (Tabelle 3). Deutschland weist unter den selbständigen Frauen im Vergleich zur gesamten EU einen überdurchschnittlichen Anteil von Selbst-

¹³ Die Angaben in den Tabellen 2 und 3 beziehen sich auf Gesamtdeutschland, um genügend Fallzahlen für die detaillierte Ausweisung der Anteile im Bereich der entstandardisierten und selbständigen Erwerbsformen zu erhalten. Der Vergleich von Gesamtdeutschland mit anderen europäischen Ländern ist jedoch nicht zwangsläufig unzulässig. Auch in anderen europäischen Ländern gibt es große regionale Unterschiede, z. B. zwischen Nord- und Süditalien oder zwischen Nordirland und Großbritannien.

Tabelle 3

Selbständige Erwerbsformen¹⁾ in der EU 1996
Anteile an der gesamten selbständigen Beschäftigung in %

Land	Selbständigkeit in der Landwirtschaft	≥ 15 wöchentliche Arbeitsstunden mit Beschäftigten	≥ 15 wöchentliche Arbeitsstunden ohne Beschäftigte	< 15 wöchentliche Arbeitsstunden
Frauen				
Belgien	/	35,6	25,0	35,4
Dänemark	/	40,5	31,4	/
Deutschland	/	39,5	28,9	28,0
Finnland	30,9	20,4	46,4	/
Frankreich	15,3	24,3	34,5	25,9
Griechenland	16,6	27,3	45,4	10,6
Irland	14,4	30,3	39,6	15,8
Italien	12,4	46,7	23,3	17,6
Luxemburg	/	/	/	/
Niederlande	11,0	9,7	39,6	39,7
Österreich	43,4	25,4	16,9	14,3
Portugal	37,5	19,5	24,0	19,1
Spanien	15,9	24,2	43,2	16,7
Vereinigtes Königreich	/	25,7	28,4	47,3
EU 14	20,5	27,6	32,0	19,9
Männer				
Belgien	13,6	43,3	23,2	19,8
Dänemark	27,6	46,1	23,2	/
Deutschland	9,2	62,4	18,5	9,8
Finnland	30,0	33,5	35,4	/
Frankreich	21,8	27,5	28,1	22,6
Griechenland	24,8	36,0	35,5	3,7
Irland	40,9	32,2	23,7	3,3
Italien	10,9	55,4	21,6	12,1
Luxemburg	36,4	53,0	/	/
Niederlande	25,8	20,4	43,5	10,3
Österreich	37,8	41,9	17,6	/
Portugal	23,6	40,1	27,6	8,7
Spanien	18,3	34,3	41,1	6,1
Vereinigtes Königreich	9,1	26,3	29,2	35,3
EU 14	21,5	39,4	29,4	9,7

¹⁾ Definition siehe Box 1. — (/) Aufgrund geringer Fallzahl (weniger als 10 Fälle) nicht ausgewiesen.

Quellen: Benutzerdatenbasis-Europäisches Haushaltspanel (UDB-ECHP); Berechnungen des DIW.

ständigen mit weniger als 15 Arbeitsstunden pro Woche (28 %), einen etwa gleich hohen Anteil bei Selbständigen ohne Beschäftigte (fast 30 %), einen höheren Anteil bei Selbständigen mit Beschäftigten (40 %) und einen wesentlich geringeren Anteil von in der Landwirtschaft selbständigen Frauen auf.

Dagegen sind in Deutschland etwa so viele Männer (10 %) unterhalb von 15 wöchentlichen Arbeitsstunden selbständig erwerbstätig wie im EU-Durchschnitt; wesentlich weniger (19 %) als im Durchschnitt (29 %) sind jedoch im Bereich der Selbständigen ohne Beschäftigte zu finden. Hier nehmen die Niederlande (44 %) und Spanien (41 %) die Spitzenplätze ein. Gut 62 % der männlichen Selbständigen in Deutschland beschäftigen Mitarbeiter; im EU-Durchschnitt ist das nur bei 39 % der Fall. Der Anteil der selbständigen Landwirte liegt hingegen in Deutschland mit 9 % ähnlich wie im Vereinigten Königreich erheblich unter dem EU-Gesamtniveau (22 %).

Schlussfolgerungen

Das in Deutschland geradezu geflügelte Wort von der „Erosion des Normalarbeitsverhältnisses“ hält einem Blick auf die Realität des deutschen Arbeitsmarktes nicht stand. Zwar ist es richtig, dass in den letzten Jahrzehnten der Anteil von Teilzeitbeschäftigung und befristeten Arbeitsverhältnissen an allen Arbeitsverhältnissen gestiegen ist. Dadurch werden jedoch keine Vollzeitarbeitsplätze verdrängt. Vielmehr haben Gruppen, die in der Vergangenheit nicht erwerbstätig waren — insbesondere Frauen — eine Teilzeitbeschäftigung aufgenommen. Der Anstieg der Erwerbstätigenquote war mit einer Strukturveränderung der Erwerbsarbeit verbunden. Unbefristete Vollzeit-arbeitsplätze zeigen dadurch jedoch keinen nennenswerten Rückgang.

Ein Blick auf die Arbeitsmärkte in der europäischen Union zeigt dasselbe Ergebnis: Die unbefristete Vollzeitbeschäftigung bildet nach wie vor den Kern der Arbeitsmärkte, auch wenn in den mediterranen Ländern und in Irland der Anteil der selbständigen Erwerbstätigen eine größere Rolle spielt.

In ganz Europa befinden sich die Anteile der einzelnen Erwerbsformen in Relation zur Gesamtbeschäftigung in einem Wandel, welcher jedoch nicht durch eine „Erosion des Normalarbeitsverhältnisses“ zu erklären ist, sondern mit dem Rückgang nichterwerbstätiger Frauen. Insbesondere der hohe Teilzeitanteil in den Niederlanden ist — wie in Westdeutschland — das Ergebnis von steigenden Erwerbsquoten von Frauen. Der europäische Vergleich zeigt freilich auch, dass eine steigende Frauenerwerbstätigkeit keineswegs nur mit Hilfe von Teilzeitbeschäftigung realisierbar ist. Die skandinavischen Länder beweisen, dass eine überdurchschnittliche Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Hilfe von unbefristeten Vollzeitarbeitsplätzen möglich ist, wobei in Dänemark der Anteil dieser Erwerbsform

in den letzten Jahren sogar angestiegen ist und einen EU-weiten Spitzenwert annimmt.

Die dänische Organisation von Arbeit zeigt dabei, dass hohe Erwerbstätigenquoten mit einer gezielten Integration von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt durch innovative Instrumente, wie das Modell der Jobrotation, verbunden werden können.¹⁴ Ein weiteres wichtiges Element ist das in Dänemark gut ausgebaute System der Kinderbetreuung und ein durchdachter Maßnahmenkatalog für die Beschäftigungsförderung von Frauen und Müttern. Insgesamt würden hohe Erwerbstätigenquoten für Frauen und Männer bei hohen Anteilen von (unbefristeten) Vollzeitbeschäftigungen eher den Erwerbswünschen in Ostdeutschland entgegenkommen. Dies dürfte bei einer bedarfsgerechten institutionellen Kinderbetreuung auch möglich sein.¹⁵

Das dänische Modell zeigt auch, dass ein hoher Anteil unbefristeter Stellen auch durch einen wenig ausgebauten Kündigungsschutz gefördert wird.¹⁶ Die Kombination mit einer guten sozialen Absicherung bei Arbeitslosigkeit macht den dänischen Weg der Arbeitsmarktflexibilität offensichtlich sozial verträglich.

In den Niederlanden kann man brückenbildende Maßnahmen für aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzte Gruppen (Arbeitslose, Personen in der Stillen Reserve) studieren, z. B. anhand bestimmter Eingliederungsprogramme für arbeitslose Jugendliche.¹⁷ Angesichts der immer noch hohen Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland sind dort derartige Maßnahmen einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik besonders erforderlich.

Auch wenn die Arbeitsmärkte in Dänemark und in den Niederlanden institutionell anders strukturiert sind als in Deutschland, was eine unmittelbare Übertragung unmöglich macht¹⁸, sollten die arbeitsmarktpolitischen Erfahrungen von europäischen Nachbarn genutzt werden.

¹⁴ Vgl. dazu G. Schmid, K. Schömann (Hrsg.) (1999): Von Dänemark lernen – Learning from Denmark (WZB Discussion Paper FS I 99–201, Wissenschaftszentrum Berlin).

¹⁵ Reformvorschläge für eine qualitäts- und bedarfsgerechte institutionelle Kinderbetreuung liegen bereits vor. Vgl. M. Kreyenfeld, C.K. Spieß, G.G. Wagner (2001): Finanzierungs- und Organisationsmodelle institutioneller Kinderbetreuung. Analysen zum Status quo und Vorschläge zur Reform, Neuwied.

¹⁶ Vgl. E. Hoffmann, U. Walwei (2000): Ländervergleich Dänemark – Deutschland. Erosion oder Renaissance der Normalarbeit? (IAB Kurzbericht Nr. 16/2000).

¹⁷ Vgl. dazu R.v. Berkel, H. Spies (2001): Workfare in the Netherlands – Young Unemployed People and the Jobseekers's Employment Act. In: I. Lødemel, H. Trickey (Hrsg.), „An Offer you can't refuse". Workfare in International Perspective, Bristol. Einen guten Überblick über arbeitsmarktpolitische Programme in den Niederlanden bietet auch H. Hackenberg (2001): Niederländische Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Mythos-Modell-Mimesis, Wiesbaden, Kap. 7 und 8 (im Erscheinen).

¹⁸ Vgl. Die Niederlande: Beschäftigungspolitisches Vorbild? Bearb.: Reinhard Pohl und Joachim Volz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 16/1997. Vor einer vorschnellen (Fortsetzung siehe S. 151)

Zur Kategorisierung von Erwerbsformen

Im Gegensatz zur allgemeinen ILO-Definition von Erwerbstätigkeit¹⁾ unterscheidet das ECHP mittels des sog. Main-Activity-Konzepts zwischen Erwerbstätigkeit als Hauptaktivität, falls wenigstens 15 wöchentliche Arbeitsstunden in einer dem Befragungszeitpunkt vorangehenden Referenzwoche vorliegen, und einer Reihe von Hauptaktivitäten, bei welchen die hauptsächliche Zeitverwendung nicht auf Erwerbstätigkeit gerichtet ist (z. B. Haus- und Familienarbeit). Falls im letztgenannten Segment Erwerbstätigkeit auftritt, handelt es sich gemäß dem Main-Activity-Konzept um geringfügige Teilzeitarbeit von weniger als 15 wöchentlichen Arbeitsstunden.²⁾

Das Europäische Haushaltspanel (ECHP), das diesem Bericht zugrunde liegt, bezieht sich auf Personen in Privathaushalten; bei den hier vorgestellten Analysen wurden Lehrlinge und sonstige Auszubildende (Personen in Trainee-Programmen, in Volontariaten, Referendariaten oder in einem bezahlten Praktikum) sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige ausgeschlossen. Mit einer solchen Restriktion soll vermieden werden, dass befristete Ausbildungsverträge mit allgemein befristeten Arbeitsverträgen gleichgestellt werden. Das gleiche gilt für unbefristet Vollzeitbeschäftigte und unbezahlt mithelfende Familienangehörige. Dagegen konnten Personen in einem befristeten Arbeitsmarktprogramm (z. B. ABM) und Beamte im ECHP nicht gesondert ausgewiesen werden.

Die Abgrenzung von Vollzeitarbeit gegenüber regulärer Teilzeitarbeit (d. h. mit wenigstens 15 wöchentlichen Arbeitsstunden) wurde für diesen Bericht durch die entsprechende ECHP-Definition mit der Schwelle von 30 wöchentlichen Arbeitsstunden festgelegt. Dies entspricht gleichzeitig der offiziellen (arbeitsstundenbezogenen) OECD- Abgrenzung von Voll- gegenüber Teilzeitbeschäftigung.³⁾ In einem wesentlichen Punkt unterscheidet sich jedoch die hier verwendete Definition von der OECD-Konvention: Es wurden keine selbständigen Erwerbsformen, sondern nur abhängige Beschäftigungsverhältnisse in die Differenzierung von Voll- und Teilzeit einbezogen. Dies erscheint deswegen sinnvoll, weil Selbständige auftragsbedingt eine stärker schwankende wöchentliche Arbeitsstundenanzahl aufweisen können als abhängig Beschäftigte. Ein direkter Vergleich von abhängig Beschäftigten und Selbständigen müsste demnach unter Angabe der auf ein Geschäftsjahr bezogenen durchschnittlichen wöchentlichen Ar-

beitszeit von Selbständigen erfolgen. Diese Information steht jedoch im ECHP nicht zur Verfügung.

Schließlich ist anzumerken, dass sich die hier verwendeten Arbeitsstunden pro Woche auf die faktische Stundenanzahl (d. h. einschließlich Überstunden) im Hauptberuf von Haupterwerbstätigen beziehen. Es kommt also nicht darauf, ob eine Person insgesamt in Voll- oder Teilzeit arbeitet oder einen bestimmten Beruf in Voll- oder Teilzeit ausübt, sondern auf den Umstand, ob eine Befragungsperson *einen* hauptberuflichen Arbeitsplatz innehat, welcher entweder voll- oder teilzeitig ausgeübt wird. Ein solcher Bezug ist sinnvoll, da es einen Unterschied ausmacht, ob Vollerwerbstätigkeit durch eine — im Fall von Deutschland — regelmäßige unbefristete Stelle mit 38,5 Arbeitsstunden pro Woche definiert wird oder ob sich die Stundenanzahl einer vollen Stelle praktisch durch mehrere, evtl. kleine unbefristete, Erwerbsverhältnisse aufsummiert.

Insgesamt ist darauf hinzuweisen, dass die hier verwendete Definition eines standardisierten Erwerbsverhältnisses, welche sich den Referenzpunkt der unbefristeten Vollzeiterwerbstätigkeit zu Nutze macht, auf einer Interpretation von standardisierten Erwerbsverhältnissen im Sinne des im deutschen Sprachgebrauch verwendeten ‚Normalarbeitsverhältnisses‘ beruht.

¹ Als erwerbstätig gilt eine Person bereits bei dem Vorliegen einer Erwerbsstunde innerhalb einer bestimmten Referenzwoche. Vgl. ILO (1983): „Thirteenth International Conference of Statisticians, Geneva, 18–29 October 1982“, Appendix „Resolution concerning Statistics of the Economically Active Population, Employment and Unemployment“. In: Bulletin of Labour Statistics 3, Geneva, S. ix-xv.

² Es ist anzumerken, dass bei einem Vergleich des Erfassungsgrads von geringfügig Teilzeitbeschäftigten im ECHP mit anderen Datenquellen für Deutschland nachgewiesen werden konnte, das — bedingt durch die jeweils unterschiedlich Filterfragenkonstruktion — das ECHP im Vergleich zum Mikrozensus eine mehr als doppelt so hohe und im Vergleich zum SOEP eine etwas geringere Erfassungsquote bei geringfügig Hauptbeschäftigten aufweist [J. Schupp et al. (1999): Zur Erhebungsproblematik geringfügiger Beschäftigung: Ein Strukturvergleich des Mikrozensus mit dem Sozio-oekonomischen Panel und dem Europäischen Haushaltspanel. In: P. Lüttinger (Hrsg.), Sozialstrukturanalysen mit dem Mikrozensus, Mannheim, S. 93–118 (ZUMA Nachrichten, Spezial Band 6)].

³ Vgl. dazu A. van Bastelaer, G. Lemaître, P. Marianna (1997): The Definition of Part-Time Work for the Purpose of International Comparisons, Paris (OECD — Labour Market and Social Policy Occasional Papers, No. 22).

(Fortsetzung von S. 150) Übertragung niederländischer Verhältnisse auf den deutschen Arbeitsmarkt, aber auch vor einer (aus niederländischer Perspektive kritisch gesehenen) starken Be-

schäftigungssteigerung durch den übermäßigen Einsatz von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen warnt auch L. Delsen (2000): Das niederländische Bündnis für Arbeit und seine Wirkungen. In: Arbeit, Heft 4, Jg. 9, S. 119–132.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967.

- Heft 171 **Europäische Strukturfonds in Sachsen: Zwischenevaluierung für die Jahre 1994 bis 1996.** Von Kornelia Hagen und Kathleen Toepel. 249 S. 1997. (3-428-09389-5). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 172 **Situation und Perspektiven der deutschen Raumfahrtindustrie — Eine ordnungspolitische Analyse.** Von Bernhard Wieland, Talat Mahmood und Lars-Hendrick Röllner, Projektleitung: Kurt Hornschild. 210 S. 1998. (3-428-09440-9). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 173 **Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland.** Von Klaus-Dietrich Bedau. 127 S. 1998. (3-428-09481-6). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 174 **Effizienz von Maßnahmen zur Verbrauchseinschränkung bei Mineralölversorgungsstörungen.** Von Rainer Hopf, Jutta Kloas, Heilwig Rieke, Martin Schmied und Franz Wittke (DIW); Klaus Lindner und Dieter Merten (IE). 239 S. 1998. (3-428-09482-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 175 **Wirkung und Wirksamkeit der EU-Binnenmarktmaßnahmen — Evaluierung des Studienprogramms der Europäischen Kommission.** Von Christian Weise, Stefan Bach, Heike Link, Uta Möbius, Bernhard Seidel, Wolfgang Seufert und Harald Trabold. 173 S. 1998. (3-428-09579-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 176 **Zum Einfluß betrieblicher und sektoraler Differenzierung der Arbeitskosten und sonstiger Regelungen auf die Beschäftigung im Strukturwandel.** Von Bernd Görzig, Wolfgang Scheremei und Frank Stille. 315 S. 1998. (3-428-09580-4). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 177 **Zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Metallhütten in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).** Von Peter Eggert, Ilse Häusser, Bernd-Michael Kruse, Jochen Parchmann, Sighelm Thede und Eberhard Wettig. 341 S. 1998. (3-428-09682-7). DM 188,— / öS 1.372,— / sFr 167,50.
- Heft 178 **Die wirtschaftliche Bedeutung Berlins für den Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 158 S. 1998. (3-428-09745-9). DM 136,— / öS 993,— / sFr 121,—.
- Heft 179 **Deutschland im Strukturwandel — Strukturberichterstattung 1997.** Von Dietmar Edler, Bernd Görzig, Dieter Schumacher, Frank Stille (Koordination), Dieter Teichmann, Dieter Vesper und Rudolf Zwiener. 400 S. 1998. (3-428-09766-1). DM 212,— / öS 1.548,— / sFr 188,—.
- Heft 180 **Der deutsche Dienstleistungshandel im internationalen Vergleich.** Von Siegfried Schultz und Christian Weise unter Mitarbeit von Dieter Schumacher. 151 S. 1999. (3-428-09845-5). DM 140,— / öS 1.022,— / sFr 124,—.
- Heft 181 **Der Dienstleistungssektor in Hamburg — Stand, Verflechtung, Qualifikation und Entwicklungschancen.** Von Martin Gornig, Peter Ring und Reiner Stäglin. 230 S. 1999. (3-428-09901-X). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 182 **Ökonomische Wirkungen der Städtebauförderung in Mecklenburg-Vorpommern.** Von Lorenz Blume (Universität Gh Kassel), Klaus-Peter Gaulke (DIW) und Josef Rother (GEFAK). Projektleitung: Rolf-Dieter Postlep (DIW). 108 S. 1999. (3-428-09915-X). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 183 **Unternehmensbezogene Dienstleistungen im Land Brandenburg — Strukturen, Defizite und Entwicklungsmöglichkeiten.** Von Kurt Geppert. 122 S. 1999. (3-428-09941-9). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 184 **Auswirkungen der weltweiten Konzentration in der Bergbauproduktion auf die Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft.** Von Peter Eggert, Alfred Haid, Eberhard Wettig (DIW), Manfred Dahlheimer, Manfred Kruszona, Hermann Wagner (BGR). 398 S. 2000. (3-428-10273-8). DM 198,— / öS 1.445,— / sFr 176,—.
- Heft 185 **Kommunal Finanzen und kommunaler Finanzausgleich in Brandenburg.** Von Dieter Vesper. 164 S. 2000. (3-428-10274-6). DM 148,— / öS 964,— / sFr 131,—.
- Heft 186 **Aktuelle steuerliche Rahmenbedingungen für den privaten Mietwohnungsbau — Wirkungen und Alternativen.** Von Stefan Bach und Bernd Bartholmai. 127 S. 2000. (3-428-10382-3). DM 138,— / sFr 122,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin

Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200

DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw.de>

Präsident: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gustav A. Horn, Dr. Kurt Hornschild, Wolfram Schrettl, Ph. D.,

Dr. Bernhard Seidel, Prof. Dr. Gert G. Wagner, Dr. Hans-Joachim Ziesing

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann

„Internationale Kontaktbüros Forschungskoooperation“ — *Wichtige Impulsgeber für kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland*

Bearbeitet von Frank Fleischer und Ulrich Wurzel

Unbefristete Vollzeitbeschäftigung nach wie vor dominierende Erwerbsform in Europa

Bearbeitet von Lutz C. Kaiser

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig

Druck: Druckerei Conrad GmbH, Oranienburger Str. 172, D-13437 Berlin

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304